

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Freitag
6. März 1925

Verlag und Verlagsbuchhandlung
Gesellschaft 2-6 Ullz
Verlagen: Formbrosch.-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507

Die Kandidaten für die Präsidentschaft.

Die Rechtsparteien auf der Suche.

Der sozialdemokratische Parteiaus-
schuß tritt morgen zusammen, um über die Stellung der Partei zur
Präsidentenwahl zu entscheiden.

Das Zentrum diskutiert Marx.

Das Zentrum hält mit seiner Entscheidung zurück, bis
die Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei gefallen ist.
Es ist jedoch sicher, daß der Kandidat des Zentrums Herr Dr.
Marx sein wird. Die „Germania“ schreibt unter der
Überschrift „Was dünkt euch von Marx?“:

„Unter den Kandidaten, die in der Öffentlichkeit noch genannt
werden, steht der ehemalige Reichkanzler Marx in
vorderster Linie. Er hat sich noch nicht darüber geäußert,
ob er eine ihm etwa angestrebte Kandidatur annehmen wird, nicht-
destoweniger wendet sich die Presse seiner Person im Augenblick
mit größter Aufmerksamkeit.“

Sie zitiert zwei Pressestimmen, die eine rechts vom Zentrum
und die andere links vom Zentrum. Von rechts die „Mugs-
burger Postzeitung“, ein Organ der Bayerischen Volkspartei.
Dort wird dem Zentrum nahegelegt, die Bezeichnung
der Kandidatur Marx als die Kandidatur der Verfassungs-
parteien fallen zu lassen. Dann, so läßt die „Postzeitung“
durchblicken, könnte die Bayerische Volkspartei für Marx
eintreten, wenn er außerdem: 1. christlich, 2. national,
3. föderalistisch, 4. kein ausgesprochener Re-
publikaner sei. Von links Ausführenden von Geheimrat
Sänger im „8-Uhr-Abendblatt“, der Marx den relativ
christlichen Willen zur sozialen Gerechtigkeit
nachrühmt.

Demokraten — Petersen, Dr. Hellpach?

In der Presse wird versichert, daß die Demokraten
selbständig vorgehen wollen, wenn vor dem ersten Wahlgang
kein gemeinsamer Kandidat der Linken aufgestellt wird. Für
diesen Fall werden die Namen Petersen — der frühere
demokratische Reichstagsabgeordnete, jetzt erster Bürgermeister
von Hamburg — und Dr. Hellpach, der badische Staats-
präsident, genannt.

Die Rechtsparteien beim Sieben.

Die Rechtsparteien verhandeln schon über einen gemein-
samen Kandidaten. Diese Verhandlungen gehen der „Na-
tionalpost“, dem offiziellen Organ der Deutschnationalen,
nicht rasch genug. Sie teilt lakonisch mit, daß noch keine
Personenfragen erörtert worden seien und treibt die
Unterhändler, „die beteiligten Herren“, in unwirksamen, ja
groben Tönen zur Eile an.

Der Rückzug der Regierung.

Sie deutet sich selbst.

Nachdem gestern im Reichsrat der Vertreter der
Reichsregierung auf das Positivste zum Ausdruck ge-
bracht hat, daß der Reichstag sich bis nach der Präsidenten-
wahl vertragen werde, und nachdem diese positive Mit-
teilung am Abend durch das Wolffsche Telegraphen-
bureau verbreitet wurde, läßt heute die Reichsregierung
durch das Wolff-Bureau folgende Meldung weitergeben:

Die Bildung eines Korrespondenzbureaus, monach in der Voll-
ziehung des Reichsrats am Donnerstagabend mitgeteilt wurde,
daß der Reichstag Ende nächster Woche sich vertragen würde,
um erst nach der Wiederwahl des neuen Reichspräsidenten zu-
sammenzutreten, ist irreführend. Es handelt sich nicht um
eine Erklärung der Reichsregierung, vielmehr haben
unter den Reichsratsmitgliedern lediglich unverbindliche Er-
örterungen über diese Frage stattgefunden, da bei einem eventuel-
len Beschluß des Reichstages sich zu vertragen, die Reichsregierung
über das Arbeitsprogramm ihrer gesetzgeberischen Vorlagen sich
schlüssig machen müßte. Selbstverständlich steht die Entscheidung
darüber, ob und wann etwa gegebenenfalls der Reichstag seine
Sitzungen verlegt, allein ihm zu.

Die Kreise in der Reichsregierung, die im Reichsrat einen
Vorstoß unternommen haben, treten nunmehr den Rückzug an.
Auch diese Erklärung der Regierung kann das Miß-
trauen nicht beseitigen, daß es sich um den Wunsch
mindestens eines Teiles der Reichsregie-
rung, den Reichstag auszuschieben, gehandelt
hat. Man kann doch schwerlich annehmen, daß ein Vertreter
der Reichsregierung im Reichsrat ein solches Maß von Un-
fähigkeit besitzen sollte, daß er die Tragweite seiner positiv
angebrachten Mitteilungen im Reichsrat nicht ermessen
könnte.

Dies Mißtrauen wird weiter genährt durch folgende
Aussäherung der „Zeit“, des Organs des Reichsaußenministers
Stresemann:

„Was die Tagung des Reichstages betrifft, so scheint
in manchen Kreisen die Meinung zu bestehen, den Reichstag
zu verlegen, in der Annahme, daß die Agitation für die Neu-
wahl des Reichspräsidenten alle parlamentarischen Kräfte in An-
spruch nimmt. Es wäre bedauerlich, wenn diese Auffassung sich
durchsetzen sollte. Der Reichstag hat außer dem Etat eine Reihe
von wichtigen und dringenden Aufgaben zu erledigen. Es geht
nicht an, daß er sich ihnen entzieht, und daß man die ganze parlamentarische Arbeit aus Rücksicht auf die Präsiden-
tenwahl verlegt.“

Im gewissen Gegensatz dazu versichert die „Zeit“:

„Was die Parteien rechts vom Zentrum anlangt, so
wird es hier aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer gemeinschaft-
lichen Kandidatur kommen. Es besteht auch Aussicht, daß die
Entscheidung hierüber schon in den nächsten Tagen fällt.
Innerhalb eines Ausschusses, der die Entscheidung vorzubereiten
hat, ist bereits eine engere Wahl getroffen, so daß es sich
nur noch um die Entscheidung zwischen vier Per-
sönlichkeiten handelt. Unter ihnen befindet sich bisher
Reichkanzler Dr. Luther nicht, der auch persönlich kaum die
Reizung besitzen dürfte, sich für den Posten des Reichspräsidenten
zur Verfügung zu stellen. Die Personenfrage scheint im Rah-
men dieser Parteigemeinschaft keine Schwierigkeiten mehr
zu bereiten.“

Zwischen dieser Versicherung und der Mitteilung der
„Nationalpost“, daß Personenfragen noch nicht erörtert
worden seien, besteht ein Widerspruch. Es muß doch nicht
so ganz einfach sein, den großen Mann der Rechten aus-
sändig zu machen. Das Schweigen über die Namen der vier
vor der Tür stehenden Prominenten, die zur engeren Wahl
gestellt sind, sagt genug. Wer mag es sein? Der „Sozial-
Anzeiger“ läßt durchblicken, daß Herr Jarres der eine
von ihnen sei. Herr Jarres, ehemaliger Reichsminister des
Innern.

Bereit ist die Rechtspresse nur über die Namen der Po-
sitiver, die nicht zur engeren Wahl gestellt sind. Die Liste
der im groben Sieb Verbliebenen sieht nach dem „Tag“
so aus:

„Dr. Edener, General von Winterfeld, Dr. Gehler,
Generaldirektor Cuno, Großadmiral von Tirpitz, Heinz,
Kardorff und verschiedene Personen des Wirtschafts-
lebens, die ohne ihr Zutun öffentlich als Kandidaten genannt
waren.“

Wen werden sie präsentieren? Bis zur Mitte der
nächsten Woche wollen sie sich klar darüber werden, ob eine
gemeinsame Kandidatur der Rechtsparteien möglich ist. In-
zwischen kommt der Wahlkampf zwischen den großen gegen-
sätzlichen Parteien in Gang — auch ohne Kandidaten.

Die bayerischen Parteien zur Reichspräsidentenwahl.

München, 6. März. (Ull.) Außer dem Landesauschuh der
Bayerischen Volkspartei ist auch der Parteivorstand der
Deutschnationalen Volkspartei in Bayern zum
14. März nach München einberufen worden, um zur Reichs-
präsidentenwahl Stellung zu nehmen.

Der Wunsch der Vertagung war bisher nicht auf der
Seite des Reichstages, sondern auf der Seite der
Herren aus der Regierung, die den Vertreter im
Reichsrat inspiriert haben. Herr Stresemann polemisiert
also gegen Ministerkollegen, deren Absichten er mißbilligt.

Wir fragen: wer ist für den Vorstoß im Reichsrat verant-
wortlich?

Wie sieht es in einer Reichsregierung aus, in der ein Mit-
glied öffentlich gegen andere Mitglieder polemisieren muß?

Die Regelung der Arbeitszeit.

Vorverhandlungen im März.

Das Reichsarbeitsministerium, das mit den Vor-
arbeiten für eine gesetzliche Neuregelung der Arbeits-
zeit beschäftigt ist, beabsichtigt, die maßgeblichen Verbände der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer der wichtigsten Industrie-
zweige schon zu der Vorbereitung der Entwürfe für die künftige
Arbeitszeitregelung heranzuziehen. Zunächst wird ein paritätischer
Ausschuh aus je 6 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
noch im März über die Arbeitszeitregelung in der Großhän-
delsindustrie beraten.

Die Teilnahme in Heidelberg.

Heidelberg, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Der auswärtige
Besuch in Heidelberg aus Anlaß der Beisehung des Reichspräsidenten
dürfte eine halbe Million betragen haben. Viele hundert
Kranke wurden im Verlauf des Nachmittags noch an dem Grabe
des Reichspräsidenten niedergelegt. Die Reichsregierung
und die zu dem Trauergesolge gehörenden Reichstagsabgeordneten
haben am Donnerstagabend Heidelberg mit einem Sonderzug
wieder verlassen. Sie treffen heute morgen um 8 1/2 Uhr in Berlin
ein. Frau Ebert ist mit ihren Kindern nach in Heidelberg geblieben.
Sie wird in den nächsten Tagen nach einem kurzen Aufenthalt nach
Freudenstadt gehen, um sich dort von den Anstrengungen und Auf-
regungen der letzten Zeit zu erholen.

Börse und Eisenbahnerstreik.

Die „Haltung“ ist schwächer.

Die heutige Börse eröffnete wiederum in schwacher Haltung,
doch zeigten sich die gestrigen starken Abwärtsbewegungen nur vereinzelt
fort, weil den Verkaufsaufträgen von außerhalb Deckungskäufe der
Spekulation teilweise gegenüberstanden. Man befürchtet eine Aus-
dehnung des sächsischen und oberrheinischen Eisenbahner-
streiks und hieraus eine Schmälerung des Verkehrs.

Die Sicherheitsfrage.

Der deutsche Vorschlag und seine Gegner.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags wird sich am
nächsten Mittwoch mit der Sicherheitsfrage und mit
den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen be-
schäftigen. Seine Verhandlungen sind vertraulich. Die Öffent-
lichkeit wird aber der Auswirkung dieser Debatte, die sich ja
irgendwie bemerkbar machen muß, große Aufmerksamkeit
schenken. Bei der außerordentlichen Bedeutung dieser Ange-
legenheit wäre ihre Erörterung auch in öffentlicher Reichstags-
sitzung sehr erwünscht. Ein Grund mehr, einer allzu langen
Ausschaltung des Reichstags wegen der Reichspräsidentenwahl
zu widersprechen.

Im englischen Unterhaus hat gestern der Außenminister
Chamberlain auf die große Bedeutung des
deutschen Vorschlags hingewiesen, aber vorsichtig hin-
zugefügt, daß es zu früh sei zu sagen, ob er zu einer wirklichen
Erholung der europäischen Lage führen werde oder nicht.
Diese Vorsicht ist angefochten der Widerstände, die sich gegen
den Vorschlag der deutschen Regierung auf den verschiedensten
Seiten erheben, leider sehr berechtigt.

In Frankreich ist es die der Regierung herriest feindliche
Presse, die gegen diesen Vorschlag die schärfsten Töne an-
schlägt. Sie versucht, hinter ihm machiavellistische Pläne zu
entdecken und wittert die Absicht, einen Konflikt im Osten zu
entzünden, der dann auch auf den Westen übertragen werden
sollte. Diese Deutung des deutschen Vorschlags entspricht
zweifellos der eigenen Geistesverfassung der französischen
Rechtspresse, die Frankreichs Sicherheit nicht in Verträgen mit
dem Nachbar, sondern in Bündnissen im Rücken des
Nachbarn sucht. Man sieht deutlich, daß sich hier die Wege
scheiden. Denn nur eine Politik, die mit dem Nachbar selbst
Verständigung sucht, ist Friedenspolitik, eine Politik aber,
die mit den anderen Nachbarn des Nachbarn Verständigung
— für den gegebenen Fall — gegen ihn sucht, ist, sei es auch
auf lange und längste Sicht, am Ende doch wieder Kriegs-
politik.

Es sei in diesem Zusammenhang, ohne die Kriegs-
frage im ganzen aufzurollen, daran erinnert, welche ver-
hängnisvolle Rolle in der europäischen Politik das französisch-
russische Bündnis gespielt hat. Sie hat in Deutschland
ständig das Gefühl der Bedrohung von zwei Seiten aufrecht-
erhalten, das sich dann in den Laten und Stimmungen des
Sommers 1914 entladen hat.

Die Haltung der französischen Rechtspresse verfolgt den
offensichtlichen Zweck, die östlichen Nachbarn Deutschlands auf-
zupuffen, einen Sicherheitsvertrag zwischen Deutschland und
Frankreich zu verhindern und den Wagen der französischen
Politik in den ausgefahrenen Gleisen einer gegen Deutschland
gerichteten Bündnispolitik festzuhalten. Diese Absicht ist
äußerst unheilvoll denn Verständigung und gesicherter
Frieden zwischen Deutschland und Frank-
reich sind eine Lebensnotwendigkeit für beide Länder und
für ganz Europa.

Während es in Frankreich die regierungsfeindliche
Presse ist, die gegen den deutschen Sicherheitsvorschlag Sturm
läuft, ist es in Deutschland bemerkenswerterweise ein Teil
der Regierungspresse selbst. Zu den bereits zitierten
Stimmen aus den deutschnationalen Zeitungen tritt heute die
der parteilose „Nationalpost“. Dieses Blatt der heute
entscheidenden Partei kommt nach längeren Erwägungen zu
diesem zusammenfassenden Urteil:

Ueber Wert oder Unwert des Weges, den die Reichsregierung
eingeschlagen hat, wird Abschließendes erst zu sagen sein, wenn
Herr Dr. Stresemann als mutmaßlicher Urheber
den genauen Inhalt des deutschen Sicherheitsplanes mitteilt und
über seine Beweggründe Rechenschaft abgelegt hat. Immerhin muß
man schon heute aussprechen: Der deutsche Entwurf in der aus fran-
zösischer Quelle stammenden Fassung würde eine Verkren-
nung unserer Westgrenze bedeuten, wie sie der von un-
serer unabwehrbaren Zwänge und unter schärfster Bewachung
angenommene Versailler Vertrag gezogen hat, die Aufhebung
der Abtrennung Elsh-Lothringens und des Gebietes von Eupen
und Malmedy. Bei der gegenwärtigen Kräfteverteilung in Europa
läuft der Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der
Tschekoslowakei praktisch auch auf nichts anderes hin-
aus, als daß wir uns bei der gegenwärtigen
Grenzziehung beruhigen. Auf kurze Sicht wäre ein der-
artiger Plan der Erörterung nur wert, wenn uns als Gegenleistung
die unverzügliche Klärung des gesamten Rheinlandes und der Ver-
zicht auf die Entmilitarisierung des linken Rheinufers zugesichert
würde. Im Hinblick auf die Geistesverfassung unserer französischen
Nachbarn erscheint schon diese Erwägung einigermassen läh. Auf
lange Sicht ist eine Anerkennung der durch den Versailler Schand-
frieden gezogenen Grenzen ein Frevel gegen die unerschütterliche
Recht, gegen die Zukunft der deutschen Nation. Selbst wenn bei
dem deutschen Anerbieten niemals daran gedacht worden
sein sollte, daß dieses die Gestalt eines verbindlichen Vor-
schlages annehmen könnte, darf man sich der Beforgnis nicht
verschließen, daß die Reichsregierung sich — wenn auch in bester
Absicht und aus wohlwollenden Gründen — zu einem gefährlichen
Spiel hat verleben lassen. Bedor Vaterlandsfreund muß mit ern-
stem Bedenken und mittrauervoller Wachsamkeit
den weiteren Verlauf der Angelegenheit betrachten, bei der es um
Wohl und Wehe der deutschen Nation geht.

Es ist also so weit, daß das offizielle Organ der Deutschnationalen die Verantwortung für einen bedeutungsvollen

Schritt der deutschen Gesamtregierung von den deutschen Nationalen Ministern ab- und dem volksparteilichen Außenminister zuschiebt. Der Schritt selbst wird, wenn er ernst gemeint, als „ein Frevel gegen die unveräußerlichen Rechte, gegen die Zukunft der deutschen Nation“ bezeichnet. Damit ist gesagt, daß es nach Ansicht der deutschnationalen Partei, vertreten durch ihr offizielles Organ, entweder nicht ernst gemeint ist oder nicht ernst gemeint sein darf!

Es ergibt sich also auch hier wieder ein vollkommenes Zusammenfallen der Rationalisten von hien und drüben, nur mit dem Unterschied, daß die einen außerhalb der Regierung stehen, die anderen maßgebenden Einfluß auf sie besitzen. Die französische Rationalistenpresse behauptet, der deutsche Vorschlag sei nicht ernst gemeint, er sei nur ein Schachzug oder eine Finte. Die deutsche Rationalistenpresse bestätigt ihr das. Und diese Bestätigung wird von ihr als besonders nachdrücklich und entscheidend bewertet werden, da sie ja von einer Seite kommt, die von den Absichten der deutschen Regierung unterrichtet ist und auf sie großen Einfluß hat.

Es wird notwendig sein, festzustellen, ob sich die „mitratische Wachsamkeit“ der Deutschnationalen nur auf Herrn Stresemann bezieht, sondern auch auf Herrn Luther und seine deutschnationalen Ministerkollegen. Ist das Kabinett in dieser ungewissen wichtigen Frage solidarisch oder nicht? Und will das Kabinett den Vorwurf auf sich sitzen lassen, es mache außenpolitische Vorschläge, deren Verwirklichung es selbst nicht wünsche, treibe also eine unehrliche, das Ausland zum Mißtrauen herausfordernde Außenpolitik? Wäre das der Fall, so müßte man befürchten, daß wir unter der gegenwärtigen Regierung in eine neue Ära der europäischen Verwirrung hineingeleitet könnten und daß allerhöchster Schaden für Deutschland bevorstehe.

Die Sozialdemokratie steht zur Regierung Luther in schärfster Opposition. Das wird sie nicht hindern, die Sicherheitsvorschläge, sobald sie bekannt sind, sachlich zu prüfen und sachlich zu beurteilen, denn die Frage der deutsch-französischen Verständigung und der europäischen Friedenssicherheit ist von so überragender Bedeutung, daß sie getrennt von allen innenpolitischen Angelegenheiten betrachtet werden muß. Aber auch die Sozialdemokratie muß, bevor sie zu einem abschließenden Urteil kommt, wissen, ob diese Vorschläge ernst gemeint sind oder nicht.

Sind die Vorschläge ernst gemeint, dann ist von vornherein anzunehmen, daß sie zum mindesten zur Verhandlungsgrundlage geeignet sind. Sind sie aber nicht ernst gemeint und will die deutsche Regierung, wie die „Nationalpost“ andeutet, selber gar nicht, daß sie verwirklicht werden — ja, wo ist dann die Grundlage, auf der verhandelt werden kann?

Wir stehen nun einmal vor der bedauerlichen Tatsache, daß das Vertrauen der Welt zur Ehrlichkeit der deutschen Politik lange Zeit auf sehr unsicherem Boden stand. Es war das große Verdienst von Marx, ihr das Vertrauen wieder gewonnen und damit die Atmosphäre entsigelt zu haben. Es würde ihre neue Vergiftung bedeuten, wenn das Ausland von neuem behaupten könnte, die deutsche Regierung mache Vorschläge, deren Verwirklichung sie selber gar nicht wünsche, und wenn es sich dabei auf das Zeugnis einer deutschen Regierungspartei berufen könnte.

Frieden und Vertrauen sind zwei Dinge, die voneinander nicht zu trennen sind. Wer das Vertrauen zerstört, der zerstört die Grundlagen des Friedens. In dieser Zerstörung des Vertrauens arbeitet die deutsche und die französische Rationalistenpresse gemeinschaftlich. Die deutsche Rationalistenpresse ist aber heute zugleich auch Regierungspresse, und wenn sie die deutsche Regierung diskreditiert, fällt sie ihr damit in den Rücken.

Der deutsche Sicherheitsvorschlag. Ablehnung in der Pariser Rechtspresse.

Paris, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärungen, die Chamberlain am Donnerstag im Unterhaus abgegeben hat, finden, wie nach der ganzen Einstellung der französischen öffentlichen Meinung zu ersehen war, in der Pariser Presse mehr oder minder scharfe Ablehnung. „Leit Parisien“ begrüßt zwar das Bekenntnis zu der Einsicht, daß England die Politik der Absicherung nicht länger fortsetzen könne, bezeichnet aber das von Chamberlain in Aussicht genommene System zur Sicherung des Friedens als absolut unwirksam und unzulänglich. Auf den Schutz der Grenzen im Westen Europas beschränkt, gebe ein Garantievertrag Frankreich nur eine scheinbare, keine wirkliche Sicherheit. Selbst wenn, was keineswegs als sicher angenommen werden könne, Deutschland entschlossen sei, seine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Status quo im Westen zu achten, so sei der Friede doch nicht weniger bedroht. Denn Deutschland gehe offensichtlich darauf aus, den Frieden an der Weichsel und der Donau durch den Versuch einer Aenderung seiner Grenzen ernstlich zu bedrohen. Für Frankreich sei der von England vorgeschlagene Garantievertrag nur dann annehmbar, wenn er ergänzt werde durch militärische Bestimmungen, die sich auf die gesamten deutschen Grenzen bezögen. Der „Matin“ erklärt, das deutsche Angebot liefe im Grunde darauf hinaus, den Status quo im Westen zu garantieren, wenn man ihm dafür freie Hand im Osten lasse. Als Lusttag dazu könne bereits der von der Stadt Danzig beim Völkerbund gestellte Antrag auf Anerkennung seiner staatlichen Unabhängigkeit angesehen werden. Europa stehe auf neue vor einem gefährlichen Dilemma. Das Deutschland des Dr. Luther verfolge wie einst das Preußen Bismarcks, die Revision seiner Grenzen, zunächst im Osten. Es versuche, die mächtigsten seiner Nachbarn durch eine falsche Sicherheit einzuschläfern, um ungestört seine Abrechnung mit Schweden und kleinen Staaten betreiben zu können. „Echo de Paris“ erklärt, der von Chamberlain vorgeschlagene Garantievertrag habe für Frankreich nicht das geringste Interesse, so lange er nicht seine Ergänzung durch eine Militärkonvention zwischen England, Frankreich und Belgien finde und in der Verpflichtung Deutschlands, auch die territoriale Gliederung in Osteuropa als unantastbar anzuerkennen. Die von Deutschland verjagte Aufhebung des polnischen Korridors bedeutet die Wiedereroberung der Provinz Posen, bedeute das Ende von Polen, das dann den vereinten Angriffen von Deutschland, Litauen und Rußland unterliegen müsse. Die Tschechoslowakei, von allen Seiten eingeschlossen, werde das nächste Opfer sein. Deutschland werde sich sojourn Oesterreich angestrebten und Ungarn, Rumänien und Jugoslawien unterminieren. Auf diese Weise werde der deutsche Traum von einem deutschen Mitteleuropa trotz der deutschen Niederlage verwirklicht werden.

Chamberlains Rede ein Wendepunkt.

Kommentare der englischen Presse.

London, 6. März. (W.B.) In der „Times“ heißt es, es sei kaum zu viel behauptet, wenn man sage, daß Chamberlains Rede, so vorsichtig sie auch war, einen Wendepunkt bedeute. Der Schwerpunkt seiner Erklärung liege in der Versicherung, daß den Ideen, Anregungen oder Vorschlägen, die Deutschland den alliierten Regierungen machte, höchste Bedeutung beizumessen sei. Im Hinblick auf diese deutschen Anregungen, die, wie hervorgehoben werden müßte, den Alliierten freiwillig gemacht worden seien, bekäme die Frage der Einstellung Großbritanniens zu dem Problem der europäischen Sicherheit ein neues Gesicht. Die Idee einer gegenseitigen und freiwilligen Garantie zwischen den Alliierten und Deutschland zwecks friedlicher Regelung aller Grenzfragen im neuen Europa müsse jetzt sehr ernstlich erwogen werden. Jedenfalls könne Großbritannien keine Politik der Hast besorgen, selbst, wenn es dies wollte; eine endgültige Abscheidung von Europa würde für England selbst sehr gefährliche Folgen haben, wenn es sich der Verantwortlichkeit entzöge, würden endlose Konflikte entstehen, die seine eigene Sicherheit gefährden

würden. Die freiwillig von Deutschland vorgebrachten Vorschläge stellen eine neue Gelegenheit für die Staatsmänner Großbritanniens und aller alliierten Mächte dar; sie seien verständig gemacht, bedeuteten aber einen großen Fortschritt gegenüber allem, was bisher von deutscher Seite kam. Was die deutschen Ostgrenzen angehe, so beständen offenbar ernste Schwierigkeiten, aber bei dem Wandel in der europäischen und besonders in der französischen öffentlichen Meinung sei es durchaus nicht unmöglich, daß die bestehenden Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Die deutschen Vorschläge seien vielleicht unvollständig, es müsse jedenfalls deutlich festgestellt werden, ob sie von dem aufrichtigen Wunsch, an der friedlichen Lösung des Sicherheitsproblems mitzuwirken, eingegeben seien, und in dieser Hinsicht seien alle Anzeichen günstig. Dr. Luther erkenne zu klar den Wert dessen, was er vorgebracht habe, um es durch Ermüdung utopischer Träume von einem Rachekrieg aufs Spiel zu setzen; zweifellos sei er imstande, einen beschwerlichen Einfluß auf die deutschen Nationalisten auszuüben. Auch in Frankreich sei die Aufnahme der deutschen Vorschläge nicht völlig ungünstig, ihre Kritik durch die französischen Rationalisten sei selbstverständlich unermesslich. Die entscheidende Tatsache sei, daß eine Bresche in die alten hoffnungslosen Ideen über die europäische Sicherheit geschlagen sei, und daß die britische Regierung sehr verständigerweise beschloß, wie man aus Chamberlains Rede schließen könne, die neuen und viel hoffnungsvolleren Möglichkeiten aufs gründlichste zu prüfen. In der „Morningpost“ wird erklärt, aus Chamberlains Äußerungen gehe klar hervor, daß die britische Regierung den deutschen Vorschlägen die größte Bedeutung beizumessen. Chamberlain habe ferner zu verstehen gegeben, daß noch viel Arbeit getan und große Ueberredung aufgewendet werden müsse, bevor der Plan der europäischen Sicherheit deutlichere Gestalt annehmen könne. Die Deutschen könnten am besten ihre Aufrichtigkeit zeigen durch eine Erklärung, daß sie den ganzen Verfallenen Vertrag annehmen.

Polen und der Sicherheitspakt.

Erklärungen des polnischen Außenministers.

Paris, 6. März. (W.B.) Der polnische Außenminister Strzyński hat sein Intognito nur wenige Stunden gemahnt, er ist schon gestern abend in die volle Öffentlichkeit getreten dadurch, daß er französischen Journalisten Erklärungen abgab. Dem Vertreter des „Matin“ sagte er, die jegliche Stunde ist vielleicht die wichtigste in der Geschichte der Nachkriegszeit; auf der Tagesordnung steht uns neue die Sicherheit der europäischen Staaten. Pläne, die den Frieden garantieren sollen, vermehren sich. Ich habe jüngst den polnischen Standpunkt in dieser Frage dem polnischen Landtage entwickelt. Ich bleibe Anhänger des Genfer Protokolls, denn der Friede kann nur durch Schiedsgerichtsbarkeit, die Sicherheit und die Entwaffnung garantiert werden. Die Sicherheit, von allen garantiert, ist das einzige, auf das man sich verlassen kann. Aber ich muß erklären, daß die Schiedsgerichtsbarkeit nicht das in Frage stellen darf, was schon durch Verträge entschieden ist, nämlich den Status quo in Europa, der im Verfallenen Vertrage und in anderen Dokumenten, die man unterzeichnet und zu respektieren feierlichst beschworen hat, festgelegt ist. Die Garantie der westlichen Grenze Polens ist für Frankreich und für Polen von der größten Wichtigkeit. Ein französischer Militärattaché hat mit vollem Recht geschrieben, die Verteidigung von London beginne nicht in Calais oder am Rhein, sondern an der Weichsel. Die Polen wollen den Frieden und korrekte Beziehungen mit ihren Nachbarn auf der Grundlage der in Kraft befindlichen Verträge. Strzyński wird heute von Ferris empfangen werden und auch mit Briand und Paul Boncour und einigen anderen Politikern und Militärs Besprechungen haben.

Im Kommunikenprozeß Ufa und Gen. in Berlin wurde der Urteil gefällt. Von den 32 Angeklagten wurden 10 freigesprochen. Drei Angeklagte wurden zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten oder Geldstrafen in Höhe von 50 Mark.

„Der Kinderkarneval“.

(Renaissance-Theater.)

St. George de Bouheller gefällt sich als Lyriker in Parivallostimungen, er durchleuchtet seine Einsamkeit und liebt es, dunkle Dinge über den Menschen zum Alltag zu sagen. Der französische Lyriker will gar nicht mehr die großen Leidenschaften kennen, in denen sich sogenannte Helden abquälen. Die Welt, die er preisen oder tadeln möchte, ist grau, so grau wie sie nach dem Geschnad und der Kunstlehre von Henry Barbusse sein muß, der vor Jahren eine besondere Ästhetik dieser Kunst formuliert hat, die nur ausgehen darf von der grauen Schicht und nicht von dem großen Pomp des Daseins. Barbusse und George de Bouheller und Marcel Proust, und vor allem Francis James, gehören zu dieser Dichterschule der Idyllen, die selbst aus dem Trostlosten noch dichterische Blüten hervorzaubern möchten. In der Lyrik gelingt solches Werk, auch in der Erzählung, weil dort aus dem Eintönigen doch etwas Lebendes und Bewegendes erwachsen kann.

Nun das Drama dieses misden, sehr gültigen, im Wortprunt sehr inhaltreichen französischen Idyllikers. Hier im Drama hätte die Uebertragung zu scheitern. Im Drama verrät sich eine vielleicht vorhandene Unoriginalität des Dichters viel stärker als dann, wenn er nur lose aus seinem Herzen bekennt. George de Bouheller wurde geschädigt, wenigstens in seiner dramatischen Existenz, weil er Strindberg kennen lernte und weil er auch den Expressionismus, der in Deutschland geboren wurde, nicht unbeachtet ließ. Wenn er sein Drama den „Kinderkarneval“ nennt, so soll dieser Ausdruck symbolisch sein. Während der Tanzmusik klappert und die geschnittenen Faschingsmasken herumtrippeln, muß eine unglückliche Frau sterben. Das Symbolische wird eingemischt in das Wirkliche, wenn man will, in das allzu Tägliche. Das ist sicher Nachahmung des predigerhaften Strindbergstiles. Aber während die Unglücklichen sterben, die bei Strindberg zermahlen werden, sich noch wehren, ist diese Leidensgestalt des Franzosen ganz schuldlos. So ist die Moral des Franzosen bitterer, vielleicht auch kindlicher, sicher auch rumänischer. Ja, das Knabenhafte, das ganz unmittelbar Knabenhafte, das durch feineren Snobismus irgendwie verdorben wird, überträgt im Gefühl dieses Dramatikers. Wird diese kleine Heidin des „Kinderkarnevals“ zum Sterben verurteilt, dann gewinnt alle Gewalt, die ihr Dasein untergräbt, primitive Bidelgestalt. Die graulichen Schwestern, die graulichen Tanten verkörpern die Qual der verfolgten Unschuld. Der falsche Bierrot, an dem die Seidenfäden haften, verkörpert den phantastischen, süß lockenden Hang zur Weltlust. Obwohl die geistige Struktur dieser Kunstmittel sehr durchsichtig ist, gewinnt das Ganze doch vielerlei Sinnigkeit. Obwohl in den drei Akten des Dramas nur die Lyrik dieses leisen Seelengeschehens unruhig wird, strömt von dem Dichter doch mancherlei

Erregung aus. Das geschieht, weil seine leidenden Menschen, die sterbende Frau, die zitternden Jugendgestalten und die kleinen glückseligenden Kinderlein mit unendlicher Liebe behorcht und schließlich auch berechtigt gemacht werden. Gewiß, der „Karneval“ als Sinnbild des Menschen und des Kinderdaseins ist beinahe ein Gesamtplatz, aber es ist ein Verdienst dieses Dichters, daß er auch dem Gemeinplatz noch einmal eine tiefere Bedeutung verschafft.

Dieses Sinnspiel ist darum schwer zu spielen, weil alle Menschen mehr sind, als sie darstellen, und weniger darstellen, als sie sind. So werde nur geredet von der einzigen Szene, in der Maria Eis sich auch äußerlich dramatisch entfaltet hat. In der großen Szene ihres Todes zeigt sie wirkliche Tugenden. Das Geschieht schließlich zusammen mit der Haltung. Eine imponierende Frau offenbart sich, die tragisch aufschreien kann, ohne daß sie ein feines Ohr verwundet, also wird die Uebertreibung vermieden. Das ist sehr viel. Max Hochdorf.

„Der blonde Traum“. (Sommeroperette am Schiffbauerdamm.) Das Telephon ist jetzt auffallend oft Hauptträger einer Operettenhandlung. Diesmal verliebte sich nach dem Befehl der in Handlung reisenden Autoren Lehler und Reber ein Husarenleutnant in eine Frau, die er nur telephonisch kennt und die ihn telephonisch anlockert. Aus dieser Falschverbindung wird zuletzt natürlich eine richtige, nicht ohne Nebenhandlungen. Also diese schöne blonde Traumfee begibt sich nachts in Stefans Wohnung, Sohn Juchend, als sei sie von ihrem Ranne verstorben. Nichts von der schönen Illusion am Telephon scheint dem Leutnant die Wirklichkeit zu bieten. Dabei ist diese Frau wirklich schön, und die Tänzerin, die als angebliche Telephonliebste eingeschmuggelt wird, ist nur lech. Erst am Schluß des zweiten Aktes merkt der Hilar, wer eine Nacht unter seinem Dache war, während er im Schnee nach der Rechten suchte. Das nettsche Verwickeltes dieser blonden Schönheit, das so gar nicht zum Ziele führen will, selbst als sie sich längst entdeckt hat, ist nicht ohne Reiz. Beinahe ariet das artige Husarenstückchen in ein Duell aus. Aber ich denke, der letzte Akt wurde wirklich wie mit der Pistole herausgeschossen. Das Pulver der ersten beiden Akte zündet nicht, es war feucht, tränensüchtig.

Die Operette wird nicht mehr von den Autoren gemacht, sondern von Personen, die den Autor machen, besonders also von der zarblütigen Karola Loelle, die so gar nicht zur Operette paßt, weil sie fein und diskret und ohne Stimme ist, von Grete Freund mit der überlegenen frechen Mimik des Lebemädchens, von Kurt Bois, der ein Improvisator und Berufs-Gelangstourantistischer von natürlichem Witz ist und stromam steht, wenn sich am Telephon Ami Wilhelm meldet, von Harald Paulsen, dem man die schwärmerische Jugend und Vertiertheit in Tanz und Stimme und Gemerbe glaubt. Hugo Hirsch hatte mit dem Warschüler einen klagenlosen Erfolg. Sonst aber Antiquitäten, wozu ihr blüht und hört, eine Nachahmung schon oft nachgemachter Klischees im Walzer, im Indischen Lied, im One-Step. Ein routinierter Operettenglobetrotter meint, diese Tänze seien schon tantomefrei. Ein Komponist suchte sechs Schlager, sechs Schlager fanden keinen Komponisten. Die Darsteller aber hatten großen Erfolg. R. S.

Wirkung des Alkoholverbotes in New York. Wir brachten kürzlich eine Mitteilung über die massenhafte Uebertretung und Umgehung des Alkoholverbotes in New York. Genossm Begleiter er sucht uns um folgende Erödrung dazu:

Das amerikanische Alkoholverbot war in über 90 Proz. des ganzen Landes durch den demokratisch gedührten Willen der Bevölkerung längst vor der Verfassungsänderung eingeführt. Sowohl in den mehr ländlichen Staaten, als auch in den Neu-England-Staaten gab es schon vor dem Kriege keine Herstellung, keinen Ausschank und keinen Verkauf alkoholischer Getränke. Nur die großen Einfuhrstädte für die Einwanderung in die Vereinigten Staaten, zu denen New York in erster Linie gehört, hatten sich gegen diese Bewegung gesperrt. Dort, wo Deutsche, Iren, Italiener und Polen in großen Mengen wohnen und teilweise noch nicht ganz amerikanisiert sind, haben die Trinkitten Europas noch einen festen Haft in der Bevölkerung. In diesen Städten lebte dann eine ganz enorme Agitation des Braupopulärs ein, das zum großen Teil in deutschen Händen ist. Man darf aber nicht vergessen, daß auch in New York für den kleinen Mann und für die des Trinkens noch ungewohnte Jugend die Verhältnisse viel besser als vor dem Verbot sind. Die öffentlichen Lokale sind alkoholfrei. Die Gelegenheit, beim Essen im Lokal täglich Alkohol zu nehmen, existiert gar nicht, so daß eine große Reinigung des öffentlichen Lebens jedem, der in New York noch längerer Abwesenheit sich wieder einmal umsieht, in die Augen fällt. Nordamerika ist gewissermaßen das große Versuchslaboratorium der Welt, in dem der interessante Versuch unternommen wird, die Menschen ohne Raufschäfte zu glücklich Lebenden zu machen.

Mußt im Jellaller der Renaissance und des Kolofo wird im XIV. Konzert der Salsbüne am Sonntag, mittags 11, 12 Uhr, im Theater am Blomplatz zum Vortrag gelangen.

Das Gollspiel der Reinhard-Bühnen im Zelling-Theater („Gortola“) findet Sonntag zum letztenmal statt.

Im Theater am Aufströndamm findet Montag die 75. Aufführung des Baurollen „Ramselle Kiloche“ wie in der Premierbesetzung statt.

Jaime, Febr. u. Rotoms seit 1907 nicht mehr gezielte Oper, wird nun bearbeitet von P. Pardi Sonntag, vormittags 11, Uhr, im Theater des Lebens aufgeführt. Orchester und Chor: Große Volkoper.

Der Nachfolger- und Jugendverein, veranstaltet am 9. d. M., abends 8 Uhr, im Theater des Weiberbundes, Köhnerer Straße 38, einen Vorkühler-Vortrag des Architekten Paulsen über „Technisch-wirtschaftliche Weiterentwicklung in Amerika“. Gäste sind willkommen. Eintritt frei.

Die Künstlergemeinschaft „Kamp“ unter Leitung von Keli Sanaer und Dr. Stefan Reitel beginnt ihr Würgenspiel im Kabarett „Die Kamp“, Kurlchenbaum 32, am 5. 9 Uhr abends.

Das Jung-Heud veranstaltet Betty Gabelow mit ihrer Kinder-Balletttruppe am 10. d. M., abends 8 Uhr, im „Drohbeum“, Gartenstraße 32-38.

Der kleine Turm von Pils, der auf Anordnung der Regierung durch eine deutsche Kommission untersucht wurde, reicht an der Spitze um 4219 Meter von der Erdoberfläche ab. Das kühnig zunehmende Sinken und Schmelzen des Turmes ist auf die Beschaffenheit seiner Grundlände zurückzuführen. Die Sachverständigen erklären, daß keine angeblichen Gefahr bestände, der Turm jedoch kühnig beobachtet werden muß.

Aufwertungspropaganda.

Die Rechtspolitik und die Inflationsopfer.

Wenn es den vielen Vereinen, die jetzt zur Verbreitung der Aufwertung gegründet worden sind, wirklich ernst wäre damit, den Mittelständlern, die durch die Geldentwertung um ihre Ersparnisse gebracht worden sind, zu helfen, dann müßten sie sich bei den Parteien Unterstützung holen, die gerechtfertigte Aufwertungsbestrebungen, soviel wie es die Staats- und Kommunalfinanzen gestatten, anerkennen. Von der rechten Seite ist das Aufwertungsproblem im Wahlkampf zum Zwecke des Stimmensangs statt propagandistisch aufgegriffen worden. Als es sich aber darum handelte, die Aufwertungsversprechen, die die rechte Seite gegeben hatte, in die Tat umzusetzen, da fielen die Herren Deutschnationalen, wie die Verhandlungen im Aufwertungs-ausschuß beweisen, um. Es ist eben doch etwas anderes, unverantwortliche Opposition und verantwortliche Politik zu machen.

Wertwürdigerweise besteht aber bei der Leitung der Aufwertungsverbände immer noch eine starke Abneigung gegen links. Sie machen, wie dies in einer Versammlung eines solchen Aufwertungsverbandes zum Ausdruck kam, die Sozialdemokraten für die Inflation verantwortlich, vergessen aber hinzuzufügen, daß Helferich derjenige war, der den Krieg mit Anleihen finanziert hat und damit eigentlich den Anfang der Inflation machte. Sie vergessen dabei, daß auch die selbige Regierung Cuno den Ruhrkampf mit ähnlichen Mitteln, mit dem Rotendruck finanzierte und dadurch den Tiefstand der Mark bis ins Unendliche steigerte. Sie vergessen, daß die Sozialdemokratie es war, die als einzige ein wirksames Mittel gegen die Inflation in Vorschlag gebracht hat, nämlich die Erfassung der Sachwerte, daß diese Erfassung der Sachwerte aber scheiterte an dem Widerstand sämtlicher bürgerlichen Parteien.

Wenn in den Versammlungen der Aufwertungsverbände den Arbeitern Steuererhöhungen vorgeworfen wurde, so wirkt das angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter den größten Teil der Einkommensteuer durch den zehnprozentigen Lohnabzug aufgebracht haben, und angesichts der Tatsache, daß auch der überwiegende Teil der anderen Steuern, Umsatzsteuern usw., infolge der Abwälzung auf die Preise von ihnen getragen wird, geradezu grotesk. Wir wissen nicht, ob der Staat und die Wirtschaft überhaupt in der Lage sein werden, nach Erfüllung der Dawes-Kosten etwas für Aufwertungs-zwecke zu erübrigen, wenn die von dem deutschnationalen Finanzminister vorgeschlagenen Steuerpläne Wirklichkeit werden, die gerade die aufwertungsbedürftigen Kreise, die kleinen Einkommen, steuerlich sehr hart treffen, während die großen Einkommen, die die Mittel für eine Aufwertung erbringen könnten, Steuerermäßigungen erhalten.

Wenn die Aufwertung überhaupt eine Berechtigung hat, so doch nur so weit, als der Schaden, den die Rentner und Mittelständler unter der Inflation erlitten haben, nicht ausgeglichen wird durch entsprechende Gewinne. Wenn z. B. jemand Kriegsanleihe zeichnete, der gleichzeitig durch Lieferungen an den Staat, Kommunen, Gewinne erzielt, so wäre eine Aufwertung in diesem Falle vollkommen ungerechtfertigt. Der Staat ist trotz der Scheinblüte, die augenblicklich seine Finanzen haben, nicht über alle Nöte hinweg. Und er kann aus der Notlage nur herauskommen, wenn die großen Vermögen und die großen Einkommen steuerlich sehr kräftig erfaßt werden. Vielleicht ist aus diesen Überlegungen denn auch etwas für die Aufwertung übrig — wenn sie nicht wieder zu Preisgaben an die Schwerindustrie verwendet werden. Wer für die Aufwertung große Versprechen macht und dabei die deutschnationalen Steuerpläne vertritt, der handelt demagogisch und kann, wenn er die Verantwortung tragen soll, seine Versprechen eben nicht ausführen — wie die Deutschnationalen.

Zerschlagung der Deutschen Werke?

Protest der Belegschaften.

Am 3. März beschäftigte sich eine Vollversammlung der Betriebsräte der Deutschen Werke A.-G. mit dem Beschluß des Aufsichtsrats über die Umorganisation des Unternehmens. Zu dieser Sitzung waren Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Transportarbeiter, Butab und dem Werkmeisterverband erschienen.

Einmütig waren die Anwesenden der Auffassung, daß in den vom Aufsichtsrat beschlossenen Maßnahmen ein Vorstoß der Großindustrie, die Werke aus dem Besitz des Reiches in den der Privatindustrie zu überführen, zu erblicken sei. Sie hätten die Fortführung der zurzeit in Betrieb befindlichen Werke sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom technischen Standpunkt für unbedingt erforderlich. Sie erachteten es für die Pflicht des Reiches, dem Unternehmen die zur Weiterführung der Betriebe notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren wurde beschlossen, am Montag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im Kasino Hohleborn eine Betriebsversammlung aller Angestellten und Arbeiter der Werke Spandau und Haselhorst stattfinden zu lassen, um den Belegschaften über den Ernst der Lage Aufklärung zu geben.

Die Bergwerksdebatte im Landtag.

Weitere Erklärungen der Regierung.

Der Landtag setzte heute, nachdem verschiedene Anträge den Ausschüssen überwiesen worden waren, die Aussprache über das Dortmunder Grubenunglück fort. Oberberghauptmann Schanz gibt zunächst in Beantwortung der gestellten großen Anfragen eine Übersicht über das, was seitens der Bergbehörden geschehen ist und weiter gesprochen wird, um die Wiederkehr derartiger Katastrophen möglichst zu verhüten. Die Oberberghauptmann sind bemüht gewesen, nach allen Richtungen die Belegschaften über die ihnen drohenden Gefahren im Bergbau über und unter Tage aufzuklären. Es sind u. a. Merkblätter herausgegeben worden, es sind auch die Beamten durch den Unterricht in den Bergschulen und durch praktische Vorführungen auf den Versuchsanlagen noch besonders ausgebildet worden. Erhöhte Aufmerksamkeit ist der Ausbildung der Schichtmeister gewidmet worden.

Unmittelbar nach der Dortmunder Katastrophe sind die Bergbehörden unter Teilnahme des Oberberghauptmanns zusammengetreten, um weitere Abhilfemaßnahmen zu erwägen. Die Durchführung des Steinhausbereichs soll generell erfolgen. Der Oberberghauptmann wendet sich nunmehr den einzelnen Anträgen und den darin gemachten Verbesserungsvorschlägen zu. Er erklärt, daß die Bergverwaltung ganz selbstverständlich ernstlich bemüht sein werde, die Ursachen des Unglücks aufzuklären und gegen die Bergleute und Untertanen, die sich Verletzungen haben zuzuschulden kommen lassen, einzuschreiten. (Kauf bei den Kommunisten: Und wo bleiben die eigentlich Schuldigen, die oberen Beamten?) Die von den Kommunisten zur Verhinderung der Kontrolle geforderten, von den Bergarbeitern zu wählenden Grubenkontrollen würden, wenn ihnen alle die in den Anträgen gleichfalls geforderten Rechte und selbständigen Befugnisse beigelegt würden,

an harten Reibungen mit dem Kennerbeamten Anstoß geben.

Ministerialrat Hoffeld vom Handelsministerium verweist sich dann über die Entstehung des Unglücks nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung. Die Weiterführung sei in Ordnung gewesen.

Die Kreistagswahlen.

Beschluß im Landtagsausschuß.

Der Gemeindevorstand des Landtages nahm bei Beratung des Gesetzentwurfes der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über die Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage einen Antrag an, der dem Gesetzentwurf die folgende Fassung gibt:

„Die Wahlzeit der Abgeordneten der Provinziallandtage und der Kreistage wird bis zum 1. November 1925 verlängert. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 20. Februar 1925 in Kraft.“

In den vorangehenden Beratungen erhoben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei lebhaft Vorwürfe gegen die Regierung, daß das Kabinett nicht für rechtzeitige Neuwahl auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gekämpft habe. Ein Antrag, die Schuld an der Verschiebung der Wahlen für die Regierung festzustellen, wurde mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Ablehnung fand ferner ein Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die Wahlen nunmehr schleunigst vorzunehmen.

Der Sohn des Volkes.

Das Urteil eines Ausländers über Friedrich Ebert.

Der Gesandte der Republik Chile, Alfredo Sarracozanal, wendet im „Berliner Tageblatt“ dem verstorbenen Reichspräsidenten ein würdiges Nachwort, das vor allem von den deutschnationalen Wonnachisten gelesen werden sollte. In dieser Würdigung durch einen ausländischen Diplomaten heißt es:

„Der Mann, der nach Wilhelm II. zur Macht gelangte, war der Sohn eines Arbeiters und selbst ein Arbeiter.“

Sein Schicksal machte ihn zum Oberhaupt eines der größten Reiche der Welt, inmitten einer der größten Krisen, die je erlebt wurde.

Friedrich Ebert war seines Volkes würdig. Er hatte den bewunderungswürdigen Takt, die außenpolitische Lage nicht durch einen erbitterten innerpolitischen Kampf zu erschweren, der die Nation geschwächt und die Demokratie um ihr Ansehen gebracht hätte.

Er förderte vor allem die Einigkeit des Reiches unter Schwierigkeiten, die unüberwindlich zu sein schienen. Wenn Deutschland heute mit sicheren Schritten geht, so dankt es dies in erster Linie diesem großen Mühsüßer, der sich dahingeshiedenen ist und in einer so rührenden Art Würde und Bescheidenheit vereinigte.

Ich — als Republikaner — danke dem Präsidenten Ebert, daß er mich in dem Glauben an mein demokratisches Ideal bestärkt hat.

Dieses Ideal geriet durch die Schiffbrüche, die ich erlebt habe, ins Schwanken; doch heute weiß ich es, weil ich es gesehen habe — ich weiß, daß ein Volk, dessen Mehrheit aus Arbeitern mit einer großen Kultur besteht, von einem Sohne dieses Volkes regiert werden kann.“

Der Kronenkrantz mit W!

Auf falscher Fährte.

Ein Berliner Blatt von ganz rechts behauptet, auf Veranlassung des ehemaligen Kaisers sei ein Kranz am Sarge des verstorbenen Reichspräsidenten niedergelegt worden. Andere Gerüchte wollten wissen, daß der ehemalige Kronprinz einen Kranz geschickt habe. Die selbigen behaupten, befinden sich auf falscher Fährte. Es wurde allerdings ein Kranz niedergelegt, dessen Schleife eine Krone mit dem W zeigte, und dieser Kranz stammte auch aus Holland, aber von der Königin Wilhelmine der Niederlande.

„Der deutsche Esel.“

Deutschnationales Motto zur Reichspräsidentenwahl.

Der „Lokal-Anzeiger“, das Blatt für die Spießer der Reichshauptstadt, hält es für zeitgemäß, ein Zitat des früheren deutschen Gesandten in den Vereinigten Staaten, Kurd v. Schölzer, vom Dezember 1876 auszugraben, in dem dieser schreibt:

„Hier merkt man, was den Deutschen noch fehlt! Der Deutsche ist politisch unreif. Er will und muß gegängelt werden. In Amerika bildet sich unter den günstigsten klimatischen Bedingungen ein neuer Mensch heraus. Der Deutsche muß noch gerüttelt und geschüttelt werden, ehe er das wird, was Bismarck von ihm erwartet. Unpolitisch ein famoles Kerl, ebenso militärisch — politisch ein Esel. Das nimmt er natürlich höflich übel.“

Diese Worte stammen, wie gesagt, aus dem Jahre 1876. Inzwischen ist das deutsche Volk unter Wilhelm II. genügend „gerüttelt und geschüttelt“ worden. Den deutschnationalen Hinterrännern des „Lokal-Anzeiger“ ist das zu wenig. Sie wollen, daß der „politisch unreife Deutsche“ noch weiter „gegängelt“ wird. Wie wäre es, wenn sie die Sentenz „Der Deutsche ist politisch ein Esel“, die sie freudestrahlend nachdrucken, als Motto für ihren Kampf um einen deutschnationalen Reichspräsidenten aufstellten?

Ein Hakentanzhölzchen.

1000 M. Geldstrafe wegen Körperverletzung.

Leipzig, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Wegen schmerzlicher Körperverletzung hatte sich der Führer der Nationalsozialistischen Partei Leipzig, Siegfried Mangler aus Hainichen, vor dem Amtsgericht zu verantworten. Am 6. Dezember 1924, am Vorabend der Reichstagswahl veranstalteten vaterländische Vereine eine Kundgebung in Leipzig. Nachdem sich der Zug aufgelöst hatte, zogen mehrere Hakentanzler am Volkshaus vorbei und provozierten die Arbeiter. Der Angeklagte trat an einen Arbeiter heran und schlug diesen mit einem harten Gegenstand am Auge, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Am anderen Tage erkannte der Geschlagene den Täter wieder, als er ein Mitglied des Reichsbanners mit einem Eisenstock auf den Kopf schlug. Er ließ diesen verhaften. Das Gericht verurteilte Mangler wegen Körperverletzung an zwei Stellen zu 1000 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Ein Protest des Saargebiets.

Sozialdemokratische Deutschrift an den Völkerbund.

Genf, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat an den Völkerbund eine Deutschrift gerichtet, die anlässlich des Ablaufs der Tätigkeit der Regierungskommission am 26. Februar feststellt, daß die Kommission die Grundsätze der Demokratie und Völkerverständigung nicht zur Geltung ge-

bracht hat. Dem hauptsächlichsten Beschwerdepunkt in der Schrift bildet die Gefährdung des Heimatrechts durch die Ausweisung Saardeutscher und Einreisewerksigkeiten für Reichsdeutsche, während die Franzosen ungehindert einreisen können. Die Wohnungsverteilung erfolgt ebenfalls mit zweierlei Maß. Die Lohnpolitik wird als unzulänglich betrachtet und von der sozialen Gesetzgebung heißt es, daß die Koalitionsrechte durch einseitige Parteinahme für die französische Grubenverwaltung und gegen die Arbeiter gefährdet werden. Auch das Wirtschaftsleben wird in der Deutschrift als gefährdet betrachtet, da sämtliche französischen Gelder aus dem Saargebiet herausgezogen werden, in der Absicht, schon in kurzer Zeit eine Saarbanknote zu schaffen. Die deutschen Werte erhielten bisher von der Regierungskommission Kredite zu 30 Proz. Zinsen, während die französischen Banken nur 5 Proz. zu zahlen brauchten. Außerdem stellt die Deutschrift fest, daß die Regierungskommission dauernd die gewählte Volksoverretung, den Landesrat mißachtet, indem sie seine Gutachten unberücksichtigt läßt. So ist z. B. das passive Wahlrecht für die Saarländer bis heute nicht gewährt. Die amtliche Spigeltwirtschaft wird in den Feststellungen der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets ganz besonders gekennzeichnet. Der Beamtenkörper ist überfremdet, ausländische Beamte sitzen in den maßgebenden Stellen der Verwaltung.

Abschließend fordert die Deutschrift, daß bei der Wahl der saarländischen Mitglieder der Regierungskommission der Völkerbundrat endlich auch die Saarbevölkerung selbst anhört, und das Ersuchen gestellt, der Saarbevölkerung zu diesem Zweck eine Vorklagefrist einzuräumen. Da die Regierungskommission das Vertrauen der Bevölkerung nicht besitzt und unter seiner jetzigen Leitung nie besitzen wird, verlangt die Deutschrift schließlich, die Präsidentschaft einer neutralen Persönlichkeit zu übergeben.

Internationaler sozialistischer Kongress.

Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat in ihrer letzten Sitzung das Datum des internationalen Kongresses nunmehr endgültig festgesetzt. Der Tag der Eröffnung ist der 15. August 1925.

Die Tagesordnung des Kongresses wird von der Exekutive der S.A.I. in ihrer nächsten Sitzung beschlossene werden, die am 9. Mai stattfindet. Der Kongressort wird noch bestimmt werden.

Tagung des Sowjetbundes.

Rykowski Programmrede.

Ufa, 5. März. (W.T.B.) (Wiedlung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Heute wurde hier von Kassin die dritte Session des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion eröffnet. Kassin hob hervor, welche Bedeutung die Tagung der Session in der Hauptstadt der transkaukasischen Föderation für die Festigung des Völkerverständnisses der Sowjetunion habe. Beide Körperschaften des Zentralerekutivkomitees, der Unionsrat und der Nationalitätenrat, beschloßen, nach der Rede Kassin des Regierungsberichtes Rykowski in gemeinsamer Sitzung entgegenzunehmen. Rykowski führte aus, zahlreiche de-jure-Anerkennungen, gleichzeitig mit einer gewissen Stabilität der internationalen Beziehungen der Sowjetunion kennzeichneten die Lage des Vorjahres. Indessen sei die Möglichkeit eines neuen Drucks auf die Sowjetunion besonders in Anbetracht großer finanzieller Ansprüche einiger Staaten nicht ausgeschlossen. Der steigende Einfluß der Sowjetunion im Fernen und Nahen Osten beunruhigt die europäischen und amerikanischen Regierungen. Die Lage in Europa wird bestimmt durch Abschwächung und Verlangsamung der revolutionären Bewegung, und Krisen wie diejenigen der letzten Jahre dürften sich in naher Zukunft kaum wiederholen. Doch verschärfen sich die internationalen Gegensätze, welche durch kein Verjähren gelöst werden können, was auch die Möglichkeit der Bildung eines festen antisowjetischen Einheitsblocks ausschließt. Die Garantie und Stabilität der internationalen Lage der Sowjetunion liege in dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Konsolidierung der Finanzwirtschaft ohne jede Auslandshilfe.

Tschitscherins außenpolitisches Exposé.

Ufa, 5. März. (W.T.B.) In der heutigen Sitzung des Zentralerekutivkomitees hielt Tschitscherin eine außenpolitische Rede über die gegenwärtige Weltlage, in der er u. a. ausführte, England bleibe die einflussreichste Weltmacht in militärischer und finanzieller Beziehung. Die allerersten zu beobachtenden Zusammenstöße zwischen Großbritannien und der Sowjetunion machten den Abschluß eines weitgehenden Abkommens erforderlich. Dies werde bald geschehen. Der englische Geschäftsträger in Moskau habe Tschitscherin im Auftrage Chamberlains die Versicherung abgegeben, daß England keineswegs die Bildung eines Blocks gegen die Sowjetunion anstrebte. In die Beziehungen zwischen Amerika und England sei durch die neue amerikanische Außenpolitik eine gewisse Wendung eingetreten. Frankreich sei der finanziellen Noth Englands untergeordnet, was die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, in der Türkei und dem Orient störe. Frankreich rüste und in der Zukunft seien Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Italien strebe die nationale Expansion im Mittelmeer an. Das Verhältnis der Sowjetunion zu diesem Lande sei freundschaftlich. Die Frage der Ratifikation des Protokolls betreffend Beharabien, dessen Annexion die italienische Regierung nicht anerkenne, werde der Prüfung für die weitere Entwicklung der Beziehungen sein.

Tschitscherin wandte sich dann den Beziehungen zu Deutschland zu und erklärte, diese seien unverändert freundschaftlich, obwohl auf dem Wirtschaftsgebiete oft zahlreiche Reibungen und Mißverständnisse überwunden werden müßten. Die deutsche Regierung pflege die Konflikte der industriellen Gruppen auf das Gebiet der diplomatischen Beziehungen zu übertragen, was in der Frage der Unterordnung deutscher Firmen im Kontinental unter die bestehenden Bedingungen der Registrierung geschehen sei. Gerade in jüngster Zeit sei jedoch in der deutschen öffentlichen Meinung und in den Wirtschaftskreisen ein Stimmungswandel zugunsten der Sowjetunion beobachtet worden. In den Handelsvertragsverhandlungen stünden große Schwierigkeiten bevor, doch werde beiderseits die Notwendigkeit einer Verständigung vollkommen anerkannt. Die Sowjetregierung bestrebe darauf, daß die asiatischen Staaten, mit denen sich der Handel unter besonderen Verhältnissen abspiele, in der Reisbegünstigungsformel ausgenommen würden. Die von der deutschen Delegation erhobene Forderung der Ausschließung aller aus dem Friedensvertrage sich ergebenden Reisbegünstigungsbestimmungen sehe zudem viel weiter als die Forderung der Sowjetdelegation. Es sei notwendig, ein Kompromiß zu finden, wobei jedoch das Aufheben des Monopols der Sowjetunion unangetastet bleiben müsse. Im übrigen bemerkte Tschitscherin, die objektive Lage erfordere für Deutschland eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich.

Polen gegenüber strebe die Sowjetunion eine Verständigung an, doch habe zunächst Polen z. B. in der Regelung des weiteren Schicksals des Rigauer Vertrages und der Wirtschaftsbeziehungen das Wort. Was das Verhältnis zu Estland anbelange, so sei es der Sowjetregierung bekannt, daß Estland Großbritannien um seinen Schutz gebeten und sich als Marinebasis angeboten habe. England habe jedoch auf dieses Abenteuer verzichtet. Die Randstaaten müßten wissen, daß nur durch die Loyalität der Sowjetunion ihre nationalen Rechte respektiert werden (!) und daß diese nicht durch die Hilfe des Auslandes fortbestehen. Sich den Beziehungen zu Japan zuwenden, erklärte Tschitscherin, der japanisch-russische Vertrag zeige das Bestreben Japans, sich den Rufen zu bedien. Zugleich bedeute aber auch der Vertrag eine bemerkenswerte Voderung der Einheit der Orientale. Der Vertrag leite weitere Annäherungen ein.“

Gewerkschaftsbewegung

Streikverschärfung bei der Meierei Bolle?

Die Schorfmeierei der Herren Behrhan, Honmann, Kude haben bereits zu außerordentlichen wirtschaftlichen Schädigungen des Unternehmens geführt. Der Ausspruch des Herrn Behrhan: „Wir sind für 14 Tage für den Streik gerüstet“ hat in den Reihen der Streikenden lebhafteste Erregung hervorgerufen. Die heutige Streikparlamentarier wird deshalb zu einer Verschärfung des Kampfes Stellung nehmen, wonach die Berliner Bevölkerung aufgefordert werden soll, keinerlei Waren aus den Bolle-Filialen zu entnehmen. Die Aufforderung der Berliner Bevölkerung über die Ursache des Streikfalls wird besonders Aufgabe der Streikenden sein. Inneramtliche Elemente versuchen, die Meiereiarbeiter der übrigen Milchlieferungsvereinigungen mit in den Streik hineinzuziehen, um die gesamte Milchzufuhr nach Berlin abzuschneiden. Dieses Beginnen muß von den Streikenden entschieden zurückgewiesen werden, denn durch solche Maßnahmen würde die Position der Meierei Bolle gestärkt, die der Streikenden aber wesentlich verschlechtert werden. Der Kampf der Bolle-Belegschaft darf sich nicht gegen die Berliner Bevölkerung, sondern immer nur gegen die Meierei Bolle richten. Demzufolge sind die erforderlichen Kampfmaßnahmen durchzuführen.

Kleinlichkeiten.

Während im allgemeinen den Arbeitern und Angestellten, die sich an der Trauerfeier für den Reichspräsidenten Genossen Ebert beteiligen wollten, keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, gingen uns viele Klagen zu, wonach in einzelnen Fällen allerlei Schwierigkeiten gemacht wurden. Es ist unmöglich, auf alle diese Beschwerden im einzelnen einzugehen, weshalb wir uns hier auf zwei typische Fälle beschränken. In einer Abteilung bei Siemens u. Halste, Bernerwerk III hatten 18 Arbeiterinnen Urlaub beantragt. Der Betriebsleiter befürchtete jedoch, daß die Produktion darunter leide, wenn die 18 Arbeiterinnen Urlaub erhielten. Sie möchten eine vierköpfige Delegation wählen, die Urlaub bekomme. 12 Arbeiterinnen verpflichteten sich gleich auf den Urlaub, während die übrigen sechs auf ihrem Urlaubsgesuch bestanden. Der Herr Betriebsleiter ließ sich die sechs Arbeiterinnen kommen und hielt ihnen vor, daß sie stets über geringen Verdienst hätten und nun, wo sie es eben nicht nötig hätten, feiern wollten. Sie verdienten wohl noch zu viel. Der Herr fragte, was die Arbeiterinnen denn am Reichstagsgebäude wollten, wo sie ja doch nichts zu sehen hätten. Die Redner dort könnten sie auch nicht reiten. Es sei wohl reine Neugierde, was sie veranlasse, Urlaub zu fordern. „Oder“ — fronte der neugierige Betriebsleiter — „gehören Sie etwa einer politischen Partei an, daß Sie gewagungen sind, die Feier mitzumachen und Spalier zu bilden?“ Eine Arbeiterin entgegnete, daß sie dem Toten die letzte Ehre erwirken wolle, worauf der Herr Oberingenieur erwiderte, das sei ja ganz gut und schön, daß sie den Mann ehren wolle, doch könne sie dies ja auch während der Arbeit tun. Es genüge, wenn eine Arbeiterin gehe, die ja dann am anderen Tage ihren Kollegen berichten könne. Von den sechs Ständhaften unter den Zwanzig stelen daraufhin noch zwei Arbeiterinnen um, während die übrigen vier fest blieben und den Urlaub bekamen. Die Namen der sechs Arbeiterinnen wurden notiert und die sechs wurden mit der Absicht ebenfalls unzureichend als unangebrachten Bemerkung entlassen, daß noch viel zu viel verdient werde.

In einem bekannten Warenhaus wurde die Tischzeit in die freigegebene Zeit verlegt. Einige Angestellte, die infolge des Gedränges und der späten Wiederinbetriebsetzung der Verkehrsmittel mit Verspätung ins Geschäft zurückkamen, erhielten dafür eine Rüge, wovon sie unerschrocken Kenntnis zu nehmen hatten.

Kleinlichkeiten, wie gesagt, die mindestens ebenso unnützlich sind, als sie all den Kleinigkeiten nützlich erschienen. Nur fester Zusammenhalt bietet einen gewissen Schutz auch vor den Kleinlichkeiten.

Auch aus der Commerz- und Privatbank A.-G. wird uns von heimlichem Verhalten der Personalprokuristen, eines deutsch-nationalen Herrn und eines deutschsozialistisch-antidemokratischen Herrn, berichtet, die alles in Bewegung setzten, um den Angestellten ihrer Bank die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten unmöglich zu machen. Sie erklärten, daß Urlaub nur in beschränktem Umfang erteilt werden könne und dürfe. Die Angestellten schickten sich aber gegen den Willen dieser beiden Vaterlandsverräter restlos durch und erwieben ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische Einstellung dem verbliebenen Reichspräsidenten die letzte Ehre, indem sie um 3 Uhr nachmittags die Arbeitsstelle verließen. — Nur die Verteilung der beiden Vaterlandsschlingen Jahnke und Dr. Luche rettete unter Aufsicht dieser beiden Herren das Vaterland, indem sie bis 5.30 Uhr arbeiten mußte.

Kommunistische Einheitsfront mit dem Unternehmertum

Am 20. November u. J. legten in Landsberg a. d. W. 40 Sattler und 20 Arbeiterinnen der Firma Max Robertstein, Sattlerwarenfabrik, die Arbeit nieder, weil die Firma die gestellten Lohnforderungen ablehnte. Der Kampf wurde von den Beteiligten mit seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit geführt. Nach zwölfwöchiger Dauer des Streiks hatten sich Streikbrecher in solcher Anzahl eingefunden, daß eine Verammlung der Streikenden nach eingehender Aussprache, ohne Anwesenheit oder Einwirkung eines „Gewerkschaftsbureaukraten“ beschloß, den Streik zu beenden. Am 23. Februar haben die seither Streikenden mit einer Ausnahme die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Nr. 23 vom 23. Januar brachte die „Rote Fahne“ der Provinz Brandenburg die folgende Mitteilung eines „Arbeiterkorrespondenten“:

„Bei dem Streik der Sattler feinerzeit hat die „Rote Fahne“ verschiedentlich zu weiteren Maßnahmen (Generalstreik?) Stellung

genommen und das Partei aufgefodert, eine Solidaritätsaktion für die Sattler zu unternehmen. Was taten die Herren von der Sozialdemokratie? Ueber eine allgemeine Sammlung, zu der jeder Kollege 5 Pf. beitrug, kamen sie nicht hinaus. Der Streik wurde, wie in viele andere, abgemürgt und fiel ins Wasser.“

Man stelle sich die Wirkung dieses Schurkenfreies vor. Die Arbeiter der Firma Max Robertstein standen seit neun Wochen im Streik. Die Stimmung der Streikenden war glänzend. Die Verbandsleitung hatte die statutarische Streikunterstützung erhöht. Die Kollegen der benachbarten Verwaltungsbetriebe und das Gewerkschaftsamt Landberg hatten zum Teil nennhafte Beiträge für außerordentliche Unterstützung der Streikenden bereitgestellt. Mit wenigen Ausnahmen war es gelungen, die sich einfindenden Streikbrecher wieder abzuschließen. Und in dieser Situation erklärte die „Rote Fahne“: Der Streik wurde abgemürgt und fiel ins Wasser. Der Erfolg dieser Niedertrachtigkeit war überraschend, besonders für den Inhaber der betroffenen Firma. Das Inkarnat in vielen Zeitungen Deutschlands nicht erzielen, machte die Rotz der „Roten Fahne“ im Handumdrehen. Der Zufall der Streikbrecher nahm derartig zu, daß die Streikposten die Abwehr nicht mehr zu bewältigen vermochten. Die Arbeitswilligen brauchten den Streikenden ja nur die Nr. 23 der „Roten Fahne“ unter die Nase zu halten. Man könnte nun glauben, die „Rote Fahne“ wäre mit diesem „Erfolg“ zufrieden gewesen. Allein sie setzte den Kampf für die „Einheitsfront“ fort. Am 11. Februar wiederholte die „Rote Fahne“ ihre schuftigen Versuche, den Streik zu Boden zu ringen und schrieb:

„Wenn auch zurzeit der Streik noch geführt wird, so wollen wir Kommunisten nochmals beweisen, daß der Streik von vornherein von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten abgemürgt werden sollte und ins Wasser fallen muß. Ein Beispiel: Die bestreikte Firma Robertstein besitzt nicht nur in Landsberg a. d. W. ein Unternehmen, sondern auch in Görlitz, Königsberg i. Ostpr. und Hamburg. In diesen Betrieben derselben Firma hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie die dort beschäftigten Arbeiter nicht herausgerufen.“

Diese Behauptungen sind vollständig erlogen. In keinem der genannten Orte hat die Firma Max Robertstein Betriebe, in denen produziert wird.

Um ihren Gefühlen als einzig wahrer Kämpfer für das Proletariat vollen Lauf zu lassen, scheute die „Rote Fahne“ auch nicht vor der offenen Verhöhnung der Streikenden in poetischer Form zurück. Kurzum: ein berufsmäßiges Streikbrecherermittlungsinstitut konnte die Streikbrecherei nicht besser betreiben als das Kommunistenblatt.

Vierteljahrszahlung der Beamtengehälter.

Berlin, 6. März. (All.) Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag abend einen Gesetzentwurf über die vierteljährliche Gehaltszahlung an. Mit dem 1. April d. J. würde nach dem Aufhören der Ermächtigung der Regierung zu einer anderweitigen Zahlung automatisch die Gehaltsbestimmung über die vierteljährliche Gehaltszahlung an Beamte wieder in Kraft treten. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß der Reichsrat die Ermächtigung gegeben wird, mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Reichsausschusses den Zeitpunkt für das Wiederinkrafttreten der vierteljährlichen Zahlung festzusetzen. Die Gründe dafür sind, daß ein automatisches Wiederinkrafttreten am 1. April faktisch Bedenken haben würde und ferner für die Beamten selbst wirtschaftlich nicht vorteilhaft sein würde.

Richtung Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter!

Zarifischer Differenzen halber ist das Buchdruckerpersonal der Firma Jandori u. Co., Bellealliance-Platz, fristlos entlassen worden. Wir ersuchen, bis auf weiteres dort keine Stellung anzunehmen. Die Vorstände.

Die Eisenbahnerbewegung im Westen.

Köln, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage im Eisenbahnbetrieb Westdeutschland wird von Tag zu Tag bedrohlicher. Die Belegschaften der großen Eisenbahnwerke, der Betriebswerkstätten und Betriebsbahnhöfe sind in allergrößter Erregung. Während in Köln die Bezirksvereine des Deutschen Eisenbahnerverbandes für die Eisenbahndirektionsbezirke Köln, Elberfeld und Essen beschloßen, jede ausbrechende Teilbewegung mit allen Kräften zu unterstützen, trat in Elberfeld eine Funktionärskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die sich einmütig auf den Standpunkt stellte, daß an den Forderungen der Gewerkschaften unversändert festgehalten werden müsse. Es wurde beschloßen, alle Vorbereitungen für den Kampf zu treffen.

Auch die Bestimmung der Eisenbahn-Generaldirektion, daß die vierteljährliche Arbeitsruhe am Donnerstag nicht eingehalten werden dürfe, hat in den Betrieben große Erregung verursacht. Die Belegschaften traten in Betriebsversammlungen zusammen, die sich lange hinausziehen und in denen neben der Gebenfeier für Friedrich Ebert auch zu den schwebenden Streitfragen Stellung genommen wurde. Die Versammlungen ließen erkennen, daß die Bewegung unaufhaltsam ist, wenn die Generaldirektion nicht endlich einer vernünftigen Regelung sich zugänglich zeigt.

In Köln sind im Laufe des gestrigen Tages bereits Arbeitsniederlegungen erfolgt. So sind in dem großen Eisenbahnausbesserungswerk Rippes die Belegschaften zusammengetreten und haben der Direktion des Werkes eine Entschloßung unterbreitet, in der die von den Gewerkschaften vertretenen Lohnforderungen erhoben wurden. In den übrigen Kölner Betriebsstätten fanden ähnliche Versammlungen statt.

Heute nachmittag um 4 Uhr finden Besprechungen aller Eisenbahnerorganisationen statt. Von dem Ausgang der auf morgen Sonnabend vertagten Verhandlungen wird es abhängen, ob die Bewegung der Eisenbahner im Reich beendet wird oder aber eine allgemeine Ausdehnung findet. Bei dem nötigen Entgegenkommen für die Wünsche und Forderungen der Eisenbahnarbeiter, Angestellten und Beamten dürfte eine Einigung nicht schwer fallen, während es andernfalls zu einem schmerzlichen Kampfe kommen müßte.

Wirtschaft

Das deutsch-französische Kompromiß.

Die erste Etappe auf dem Wege zu einem Handelsvertrage zwischen Deutschland und Frankreich ist bekanntlich mit dem am 28. Februar d. J. unterzeichneten Protokoll erreicht worden. Das Protokoll, über das wir kurz berichteten, stellt nicht etwa ein vorläufiges Abkommen mit konkretem Inhalt dar. Es enthält vielmehr nur die Richtlinien eines Arbeitsprogramms und die Rahmenbestimmungen, innerhalb deren die weiteren Verhandlungen zu führen sind. Lange genug hat es gedauert, bis man zu einer grundsätzlichen Verständigung über den Fortgang der Verhandlungen gekommen ist. Volla fünf Monate waren dazu erforderlich, und wiederholt schien es so, als ob ein Bruch unvermeidlich wäre. Dieser scheint nun vermieden zu sein. Das Protokoll vom 28. Februar enthält die Erfüllung der wichtigsten Vorbedingungen, die Deutschland für den Abschluß eines Vertrags für notwendig erachtet.

Hierzu gehört in erster Linie die Zusicherung der Meistbegünstigung, die allerdings zunächst auf beiden Seiten nur mit starken Einschränkungen und erst einige Monate nach Abschluß des endgültigen Vertrags voll in Wirksamkeit treten wird. Die Schwierigkeit lag darin, daß Frankreich das System der Meistbegünstigung, wie es Deutschland ausübt, nicht kennt. Während Deutschland in seinen Handelsverträgen grundsätzlich die Klausel aufnimmt, daß der Gegner in der Behandlung seiner Waren nicht schlechter gestellt sein soll als irgendein dritter Staat, mit dem es durch einen Handelsvertrag verknüpft ist, gewährt Frankreich infolge seines Doppelcharakters die Meistbegünstigung nur für bestimmte Waren. Um sachlich das Gleiche zu erreichen, was Deutschland mit seiner rechtsformulierten Gleichberechtigung gewährt, mußte also von Frankreich das Zugeständnis verlangt werden, daß es auf den größten Teil der von Deutschland nach Frankreich ausgeführten Waren die Minimazölle oder solche anderen ermäßigten Zölle anwendet, die die deutsche Ware in Frankreich nicht schlechter stellen, als die Ware eines anderen Landes. Die grundsätzliche Anerkennung dieses Standpunktes ist in dem Protokoll enthalten. Bei dem Übergangszustand, der durch ein provisorisches Abkommen geregelt werden wird, sollen beide Staaten das Recht zu vorbehalten gegenüber dieser allgemeinen Regel haben. Am 16. März sollen die Verhandlungen über das Handelsprotokoll beginnen.

Einen wichtigen Streitpunkt in den deutsch-französischen Verhandlungen bilden auch die Bestimmungen des Versailler Diktats, wonach gewisse Mengen bestimmter Waren aus Elsaß-Lothringen nach Deutschland zollfrei einzuführen waren. Diese Bestimmungen galten bis zum 10. Januar d. J. Die Franzosen verlangten auch für die Folgezeit die Aufrechterhaltung der zollfreien Warenkontingente. Ganz hat sich die deutsche Regierung diesem Standpunkt nicht entziehen können. Während jedoch bisher die Pflicht zur Zollfreiheit im Elsaß nur einseitig bestand, will man in Zukunft lediglich der elsass-lothringischen Industrie gewisse „Vorzugsrechte“ einräumen, wenn Frankreich sich zu Gegenleistungen entschließt. Bedingung dabei ist, daß nicht etwa andere Länder auf der ihnen von Deutschland gewährten Meistbegünstigung ebenfalls die Einfuhr ihrer Waren nach Deutschland zollfrei verlangen. Frankreich bleibt es überlassen, gegen etwaige solche Ansprüche aufzutreten.

Eine besondere Regelung wird noch der Fragenkomplex erfordern, der durch die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland aufgeworfen wurde. Schon in der nächsten Woche sollen darüber die Verhandlungen begonnen werden.

Vorläufig ist der Rechtszustand so, wie er zwischen Staaten ohne Handelsvertrag nicht anders sein kann. Deutschland erhebt seine autonomen Zölle auf Waren aus Frankreich, dieses seine Minimalzölle auf Waren deutscher Herkunft. Ob ein deutsch-französischer Handelsvertrag zustande kommt und in welcher Form, das wird noch in hohem Grade von den Einzelverhandlungen abhängen, die auf Grund des Protokolls zu führen sind. Für die Dauer dieser Verhandlungen ist die Gefahr eines Zollkrieges durch das Protokoll beseitigt, da beide Värter sich verpflichten, keine wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen gegeneinander zu treffen. Es ist jedenfalls dringend erwünscht, daß ein Vertragsabschluss recht bald zustande kommt und daß die Regierung sich über gegenseitige Wünsche der Schwerindustrie, die schon wiederholt den Verlauf der Verhandlungen zu stören drohten, im Interesse des Volksganzen hinwegsetzt.

Starke Steigerung des Absatzes. Der Absatz des Deutschen Kalifundlases im Monat Februar d. J. betrug 2018672 Doppelzentner Reinkali. Zusammen mit dem Absatz des Januar beträgt hiernach der bisherige Absatz im Jahre 1923 2678828 Doppelzentner Reinkali. Der Absatz im Januar-Februar 1924 betrug dagegen nur 1129077 Doppelzentner Reinkali. Mit Rücksicht auf einen erheblichen in den März übernommenen Vorratbestand aus dem Februar kann trotz der vorgeschrittenen Saison auch noch für März mit einem verhältnismäßig befriedigenden Absatz gerechnet werden.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatznow; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: H. B. Widler; Soziale und Sozialer: Fritz Kasper; Angelegen: H. Glaser; Justiz: in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Buchverlag Paul Singer u. Co., Berlin G. M. B. H., Lindenstraße 3, Platz 1, Berlin.

Einsegnungs-Anzüge

eigene Fabrikation und größte Auswahl von Mk. 22.— an.

S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12

ALLES REINIGT
BESSER ALS JEDE SEIFE
KOKONA
REINIGER

HELENEWERK G. m. b. H.
Berlin W. 35, Magdeburger Straße 6
Fernsprecher Kurfürst 6366

Erfinder — Vorwärts
Herzliche gute Verbleibenswünsche!
Kaufmann und Erzeuger geb. Beschäftigter
„Ein neuer Geist“
gratis buch: Erdmann & Co., Berlin,
Königsplatz Straße 71.

Ischias
in Röh. 6001
auf Hals, wenn
kräft. Injektion,
in 5 Tagen sind
sämtl. Teile wieder
gesund. Unschmerzliche
Injektion mit Injektion, 1. und 2. Injektion,
Verdauungs 10, 1-11, 1-4, 1-12, 1-12, 1-12

Böhmerwälder Zitr. N. 12.—
1000 Gramm Zitr. 12.50, Taubenbraten
Zitr. 14.—, Sonnenblumen Pfl. 0.20,
Han Pfl. 0.25, Hirse Pfl. 0.15,
Kekert, Charlottenbg., Sorocentr. 34

Rinderland
1925
Preis 1.20 Mark

Su. haben in der Buchhandlung
J. B. Baer in der
Bismarckstraße 1, 1. Stock
Einkaufspreise 3, 1. Stock in allen
Büchereien, Buchhandlungen
und Buchläden nehmen ebenfalls
Bestellungen gern entgegen.

Zur Einsegnung
ganz besonders preiswerte Angebote!
Empfehle außerdem mein reichhaltiges
Lager fertiger
Herren- und Knaben-Garderobe
Anfertigung nach Maß
unter Verwendung nur haltbarer Stoffe
u. Zutaten. Garantie für beste Passform

Sport- und Berufskleidung
Gummi- und Loden-Mäntel
J. Baer Berlin N. Badstr. 26
Ecke Prinzenallee

Hosen-Anders
Bausseilstraße 25

Magen
leidende nehmen die
rechten Reiche!
Magenproben, hoch
wertige Reiche R. 1-
u. 2.00, in Drogien
u. Apotheken, auch bei
Orto Reiche, Reiche 11,
50, Reiche 1.00, 4.

Zähne 1. 2 G.-M. Teilzahlung
auf

gestattet b. st. Anzahl u. wöchentlich Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummipolier v.
3 G.-M. an. Zahn mit Restauration 1 G.-M. b. Bestelle
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.
1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 2000 Gebisse zu
vollständiger Zufriedenheit geliefert.

Halvani, Danziger Straße 1, Ecke Schön-
vorzeiger 10%, Rabatt.

Bären-Stiefel
unverwundliche
wasserdichte
Strapazier-Stiefel
für Straße u. Sport

Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der
Brücke)

Spielwarenausstellung auf Rädern.

Seit langem hat man allerhand Versuche gemacht, um die gerade bei Spielwarenkäufern hohen Speizen zu verbilligen und damit auch die Ware für den Konsumenten billiger zu gestalten...

Die Tat eines krankhaft veranlagten Menschen! Zum Prostituiertenmord in Berlin O.

Das Verbrechen an dem Straßenmädchen Elise Altermann in der Langestraße 20, über das wir schon kurz berichteten, ist wahrscheinlich die Tat eines pervers veranlagten Menschen...

Die Ermordete ist eine 32 Jahre alte Witwe. Nach dem Tode ihres Mannes behielt sie für sich nur noch die Wohnküche und gab die anderen Räume an Untermieter ab...

Die Ferien für das Schuljahr 1925/26.

Angeichts des großen Interesses, das die weitesten Volksteile für die Lage der Schulklassen haben, veröffentlicht der Amliche Preussische Pressedienst den Ferienplan für das Schuljahr 1925/26...

Explosion bei den Berliner Elektrizitätswerken.

Eine gefährliche Explosion verursachte gestern die Warmierung der Feuerwerke nach den Berliner Elektrizitätswerken in der Wilhelmshofstr. 76/78 in Oberhönneweide...

Einrichtung der „Parkplätze“ für Autos.

Die Polizei ist jetzt dabei, die sogenannten Parkplätze, das sind Ausgabestellen, durch breite weiße Striche zu kennzeichnen...

Mittel, Lauben, Kransen, Kommandantenstraße, am Dönhofsplatz, an der Fischerbrücke, am Neuen Markt, an der Siegesallee usw. Alle diese Haltestellen sind durch breite weiße Striche deutlich abgegrenzt...

Kommunistische „Schulkampfwache“.

Die kommunistische „Schulkampfwache“ vom 22. Februar bis 1. März ist nun vorüber. Aber schöne Tage waren es nicht! Mit einer das gemohnte Maß noch übersteigenden Gewissenlosigkeit...

„Der Kinderfreund.“

Eine neue Beilage zum „Vorwärts“.

Der Beifall des „Vorwärts“ erfährt abermals eine für große Kreise unserer Leser sicher erfreuliche Erweiterung. Von jetzt ab wird alle 14 Tage ein reich illustriertes Blatt für die Kleinen unter dem Titel „Der Kinderfreund“ beigelegt werden...

Hygienemesse bis zum 8. März.

Der Hygienemesse am Kaiserdamm ist das unerdiente Geschick zuteil geworden, infolge des Todes des Reichspräsidenten und der damit verbundenen Ablenkung des öffentlichen Interesses...

Zur Warnung für arbeitslose Mieter.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat entschieden, daß der Mieter bei längerem Zahlungsverzug im Falle der Mietaufhebungsklage sich nicht immer auf Arbeitslosigkeit berufen kann...

Rehabilitiert.

Wir haben seinerzeit mitgeteilt, daß der Kaufmann Walter Kdehahr aus der Canzowstraße 4 verhaftet und wegen Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist...

Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Marquardt abermals in dieser Sache verhandelt habe. Der Anwalt des Verurteilten, Rechtsanwalt und Notar Dr. Hude, stellte in dieser zweiten Verhandlung neue Beweisanträge...

Abermals ein nächtlicher Heberfall.

Ein 50 Jahre alter Rentier verließ am Dienstag gegen Mitternacht etwas angeheitert ein Lokal an der Reussbrücke und ging durch die Duingomstraße nach Hause zu. In einem Teil der Straße wird jetzt für die Kanalisation stark gebuddelt...

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Kinderpepung in der Milchsaugausstellung. In der Berliner Milch- und Molkereiausstellung Landsberger Allee 116/117 werden jeden Tag in den Ausstellungsräumen 250 Kinder aus dem Bezirksamt Berlin Prenzlauer Berg gespeist...

Rästelhafter Tod eines Oberbrandmeisters. Der seit Anfang d. J. vermisste Oberbrandmeister Riegel von der Berliner Feuerwehr ist als Leiche im Benizsee bei Dramenburg angeschwemmt worden...

Zwei- und dreijährige Kunstfahrer. Eine ganz besondere Attraktion kann der Arbeiteradlerklub und Solidartät II. Bezirk seinen Gästen auf seinem am Sonntag, dem 8. März, in den Gesamtträumen der Lichterfelder Festsäle...

Die evangelischen Kirchen und die Trauerfeier. Dazu teilt uns Genosse Pfarrer Franke mit, daß in der evangelischen Heilig-Kreuz-Kirche (am Blücherplatz) auf seine Veranlassung die Glocken um 12 und um 4 Uhr je eine halbe Stunde geläutet worden sind.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung zum Parteitag am Sonntag, den 8. März, um 7 Uhr in der Friedrichstraße 100. Einlass um 6 Uhr. Eintritt frei.

Storbefehle der Groß-Berliner Partei-Organisation

10. 234. Schönberg Genosse Paul Rabka II am Montag verstorben. Einäscherung: Sonnabend, 7. März, mittags 1 1/2 Uhr, Krematorium Gedächtnisstraße.

Sport.

14. Berliner Sechstagerrennen.

Die erste Nacht.

Berlin hat abermals ein Sechstagerrennen. Im Sportpalast in der Potsdamer Straße wird diesmal der Kampf über die 145 Stunden geführt. Ob es nötig war, zwei solcher Rennen in einer Saison zu veranstalten, wollen wir dahingestellt sein lassen...

Das Sechstagesfeld wird anfangs von Schrefeld, später von Golle geführt. Dann folgen die üblichen Führungswechsungen. Karl Sadow bringt die erste Abstieg und schießt seinen Partner von Rad in die Bor. Den ersten Ausreißversuch wagt der Belgier Thollembeck. Debaets, sein Partner, löst schießt ab und der gewonnene Vorsprung geht verloren...

Der Stand des Rennens nach der 2-Uhr-Nachtwertung ist folgender: 1. van Kempen-Bauer 13 Punkte, 2. Dillert-Langen 10 Punkte, 3. van Red-Sadow 7 Punkte, 4. Caburn-Radden 7 Punkte, 5. Hahn-Tieg 6 Punkte, 6. Debaets-Thollembeck 5 Punkte, 7. Wüagner-Gottfried 5 Punkte, 8. Lorenz-Golle 4 Punkte, 9. Verjann-Berschden 4 Punkte, 10. Rütt-Rupptal 3 Punkte, 11. Stolz-Behrnd 3 Punkte, 12. Weber-Bang 0 Punkte, 13. Häusler-Schrefeld 0 Punkte, 14. Stellbrin-Lechner 0 Punkte, 15. Schrage-Rutschow 0 Punkte. Bis um 3 Uhr sind 201,490 Kilometer gefahren. Stundenergebnis 36,080 Kilometer. Gegen 1/4 Uhr entseht Thollembeck eine Hag, bei der die Mannschaften Stolz-Behrnd und Stellbrin-Lechner je eine Runde, Schrage-Rutschow zwei Runden verlieren...

Jedes Kind in Begleitung Erwachsener erhält ein Geschenk

Neue Angebote zu Serien-Preisen

- | | | | | |
|---------------------------------|-------------------------------|------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| 1 Meter Blusenflanell . . . | 1 Meter Cheviot Dopp. Breit | 1 Meter Kostüm-Cheviot | 1 Meter Trikotschleife . . . | 1 Meter Eolienne |
| 1 Meter Musselin | 1 Meter Messaline zeln. Seide | 1 Meter Rockstreifen . . . | 1 Meter Donegalstoff 120 cm | 1 Meter Reinw. Gabardine |
| 1 Meter Seldenbatist farbig | 3 Meter Hemdenflanell . . | 1 Meter Rohseide gestreift | 1 Meter Kleiderstoff 20 cm | 1 Meter Crepe de Chine . . |
| 2 Mtr. Gerstenkornhandtuch | 1 Schlafdecke | 1 Rolltuch | 6 Reinf. Wischtücher . . . | 1 Meter Körper-Velvet . . . |
| 1 Jumper aus Flanell | 1 Kostümrock | 1 Kunstseiden-Jumper | 1 Kleid aus Schottenstoff | 1 Mantel, Wickelform |
| 1 Russenkittel | 1 Damenhemd mit Blüschent | 1 Kostüm - Streifenrock | 1 Rock aus reinw. Cheviot | 1 Plisseerock, reines Woll |
| 3 Paar Damenstrümpfe . . . | 1 Damenhemdhose | 1 Herren-Einsatzhemd . . . | 1 Kunstseidener Schlopfier | 1 Morgenrock |
| 1 Damenschlopfier farbig . . | 1 Ballschal | 1 Herrenflizhut | 1 Sportweste | 1 Spitzendecke mit Knaube . |
| 2 Haarschleifen mit Halter | 1 Meter Stickereivolant . . | 1 Gardinenmohr 90x195 cm | 1 Spitzendecke oval | 1 Herrenzimmerdecke, Rippe |
| 1 Einkaufsbeutel | 1 Mitteldecke Rippe gen. . . | 1 Meter Tüllvolant ca. 90 cm | 1 Mitteldecke gestickt . . . | 1 Tüllgarnitur, 3 teilig |
| 1 Läufer Stilstich grü. | 1 Paar Etamineschleier . . | 1 Ripsdecke rund und bekg. | 1 Tüllgarnitur 3 teilig | 1 Etamine-Garnitur, 3 teilig |
| 1 Meter bunt Etamine | 1 Pfd. Pflanzendaunen . . | 1 Korbstuhl-Garnitur | 1 Bettvorleger | 1 Etamine-Bettdecke |

- | | |
|--|---|
| 1 Mtr. Crepé Marocain 1 ⁹⁰
100 cm türkisch | 1 Mtr. Helvetiaseide 3 ⁹⁰
90 cm |
| 1 Meter Popeline 2 ⁹⁰
reine Wolle, 200 cm | 1 Bettbezug 5 ⁹⁰
bunt |

NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210

Herrnfeld

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 1 Wachstuchdecke 90 Pf.
60x100 | Crepe de chine-Jumper 5 ⁹⁰ |
| 1 Korbstuhlgarnitur 3 ⁹⁰
3 teilig, Bala | Kunstseiden - Kleid 5 ⁹⁰ |

Beim Einkauf von 5.- Mark an 1 Ballon gratis!

Plötzlich ist er da der Frühling



und mit ihm der Wunsch nach neuer Kleidung. Wie immer finden Sie bei mir die neuesten Muster und Formen und durch Selbstherstellung und Ausschaltung des Zwischenhandels wirklich gute Qualitäten zu billigen Preisen

- | | |
|---|------------------|
| Frühjahrmäntel moderne
Tailleform, viele Muster | 34 ⁰⁰ |
| Frühjahrmäntel Whipcord
und Fischgratmuster | 54 ⁰⁰ |
| Frühjahrmäntel marengo,
Covercoat u. viele andere Muster | 78 ⁰⁰ |
| Frühjahrsanzüge viele neue
Muster | 36 ⁰⁰ |
| Frühjahrsanzüge blau, braun
und grün mit feinen Streifen . . . | 44 ⁰⁰ |
| Frühjahrsanzüge verschied.
hellere Farben, mod. 1- u. 2-Knopf-
Stellungen | 59 ⁰⁰ |
| Frühjahrsanzüge Gabardine
und Kammgarn | 82 ⁰⁰ |
| Gummimäntel
mit und ohne Gürtel | 17 ⁹⁵ |

Hüte · Oberhemden · Binder
usw. in großer Auswahl

Gottlieb **Weiss** Geogr. 1893
SCHÖNEBERG Hauptstr. 161

Schlafzimmer!

Prima Arbeit, kompl. mit Federboden-Auflage, echtem Marmor, Stühle, Handtuchhalter.
160 cm 180 cm gr. Schrank
640 Mk. 670 Mk. frei Haus

Paul Neugebauer
G. m. b. H.
Charlottenbg., Wilmersdorfer Str. 128
Ecke Schillerstraße
Erste Etage Kein Laden

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plätsch 9831

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

1000 Strickwesten

Sportjacken etc. aller Art.
Bleyle's Kinder-Kleidung zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner u. auserlesenen Geschmack

Bruno Richter & Co.
Fabriklager Thür. Wollwaren
Hn.-Pankow, Mühlstr. 1, Edge Brühlstraße
9-7 Nur Einzelverkauf

Altes Spezialgeschäft in
Kamelhaar-Schlaf-Heile-Decken
Strifotagen
Strickjaden
Strümpfen
Tries zu billigt. Tagespre.
Gebrüder Pilsaume
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Süd. Nimmstr.

Gardinen

Sonderangebote - Gelegenb. - Käufe in Resten
Stores, Bettdecken
Madrin- und Kissenkissen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte, Billigste Preis. Gröden Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Königsplatz
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesen-
tlich billigere Preise

Krause-Pianos zur Miete

Ansbacher Str. 1.
Königsplatz

Qualitäts-Haardoll u. Reklamen
und seit 55 Jahren
Spezialist
Conrad Müller
Königsplatz

Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!

Fragen Sie uns - und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.

Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.

Was uns betrifft - wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

Willstädt & Co. am Wannsee-Bahnhof
Berlinkde-, Ecke Albrechtsstraße Steglitz

Best **U** die

URANIA

Monatsschrift für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre.
Sie vermittelt in für jeden verständlicher Form
notwendiges Wissen.
Sie ist das Organ dieses Gebiets aus eigenem Lager.
Gorgt für Verbreitung!
Jährlich 12 Hefte, reich illustriert, u. 4 wertvolle Buchbeigaben.
Das März-Heft erscheint als „Indien-Sondernummer“ mit hochinteressanten Ausführungen, u. a. über die Gandhi-Bewegung, Tagore, die soziologischen Verhältnisse in Indien und Europa, Buddhismus und Sozialismus, Goethe in Indien usw., mit reichem Bilderdruck.
„Urania“-Ausg. A (mit beiliegender Buchbeigabe) . . . vierteljährlich 1.25 Mk.
„Urania“-Ausg. B (mit geb. Buchbeigabe in Ganzleinen) vierteljährlich 1.90 Mk.

Sie beziehen durch
alle Buchhandlungen und Ausgabestellen des „Vorwärts“-
 sowie direkt vom „Vorwärts“-Verlag

Gelegenheit

Reste f. Wintermäntel u. Kostüme:
Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterseiden u. Halbseliden
bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2
(Grünwaldstraße)

Reichlich
Husten-tropfen
halten
sicher

Ein alterprobtres Rezept erhältlich in Drogerien u. Apotheken.
50, 0.75 u. 1.50.
Nur mit Marke Medico und Firma Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4.

Fritz Reimann
Kaufmann, Reichenstraße 33
die billige Bezugsquelle für
Leib-Weißer
Weißerwollstoffe jeder Art.

2. Geschäft: Anzengruber-Strasse 27

Wer Stoff hat!

Gem fertige ich an
einen hochelastischen Anzug oder Mantel
einschl. sämtl. Zutaten für
M. 85.- in 8 Tagen.
Modernere Schallt!
Vorzüglicher Sitz!
Wer keinen Stoff hat,
findet bei mir reiche Auswahl
auserlesener Stoffe
zu äußerst niedrigen Preisen.
M. BLAUSTEIN
Atelier für feine
Herrenkonfektion nach Maß
5-42, Göttschiner Str. 71,
Hochb. Prinzenstr. Köngst. 79/8

Bekanntmachung!

Für alle Parteifreunde in den westlichen Vororten ist es sehr wichtig, zu wissen, daß sie bei Bedarf von fertigen Herren- und Knaben-Garderoben im
Bekleidungshaus Fritz Hamburg, Berlin-Steglitz
Schlo str. 103, I, stets preiswert und gut kaufen. Das Geschäft besteht bereits seit 25 Jahren, und würde es sich lohnen, das Lager zu besichtigen oder mit Berufskleidung einen Versuch zu machen. Invalide Arbeiter, Witwen ohne Ernährer und Kriegsbeschädigte erhalten 5 Proz. Ermäßigung.
Schilchorplatz oder Hubertstrasse ist auszuweichen!
Dies Inserat ist vorzuziehen!

Zähne

in erstklassiger Ausführung von 40 M. an.
Zahnziehen mit Betäubung, bei Bestellung gratis. Reparaturen, Umarbeitung sofort. 3 Jahre Garant.
Zähne ohne Gaumenplatte.
TEILZAHLUNG
Hempel, Lindenstr. 220, nahe Schön. Tor
Vorzugiger 10 Proz. Rabatt

Einst und Jetzt

Große Auswahl in Marken wie Sarotti, Hausman, Kana, Trumpf, Equilist, Block und Speise, Osterleier. Große Auswahl in kleinen Sachen, Vivil, Bonbons usw.
Schokoladengroßhandlung Strecker
Stralauer Str. 32, am Motkenmarkt